Bundesregierung sieht Ditib zunehmend kritisch

13. März 2019



Berlin (KNA) Die Bundesregierung sieht den deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib zunehmend kritisch. In einer am Dienstag veröffentlichten Antwort auf eine Anfrage der Grünen, verwies sie auf eine „personelle und strukturelle Anbindung“ der Ditib an die türkische staatliche Religionsbehörde. In den vergangenen Jahren habe sich die politische Einflussnahme des türkischen Staates auf Ditib verstärkt.

Seit 2016 äußere sie sich „öffentlich kritisch bezüglich der verstärkten politischen Steuerung von Ditib durch den türkischen Staat“, schreibt die Bundesregierung weiter. Die Zusammenarbeit des Bundes mit Ditib sei bereits seit 2017 deutlich reduziert worden. So seien zum Beispiel keine Anträge auf Projektförderung in Trägerschaft von Ditib mehr bewilligt worden.

Zugleich führt die Bundesregierung laut Vorlage „den bestehenden kritischen Dialog“ mit Ditib unmittelbar oder zum Beispiel im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz fort. Ditib sei „mit nach eigenen Angaben 860 Moscheegemeinden sowie ebenfalls nach eigenen Angaben 200.000 ordentlichen Mitgliedern, deren Familien und weiteren Gemeindebesuchern Bezugspunkt und Ansprechpartner für eine große Zahl in Deutschland lebender Muslime“.

In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass nach Plänen des Bundesinnenministeriums, Geistliche aus dem Nicht-EU-Ausland, die in Deutschland tätig sein wollen, künftig Deutschkenntnisse nachweisen müssen. Das würde auch von der Ditib entsandte Imame aus der Türkei betreffen.

(KNA - tknlm-89-00097)

Foto: Screenshot

Stand: 13. November 2026